

Neues agrarpolitisches Konzept  
vorgestellt

## Lage der Bauern soll deutlich verbessert werden

Die Agrarkommission von CDU und CSU hat unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Ernst Albrecht den Entwurf eines agrarpolitischen Konzepts ausgearbeitet, der den Vorsitzenden von CDU und CSU Ende Februar zugeleitet worden ist. Die wichtigsten Aussagen lassen sich wie folgt zusammenfassen: CDU und CSU halten daran fest, daß die Markt- und Preispolitik die wesentliche Grundlage für die Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen bilden muß.

Die Union widersetzt sich allen Versuchen, die Erzeugerpreise zum Zwecke eines Abbaus der Überschüsse drastisch zu senken und zum Ausgleich direkte, evtl. nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelte Subventionen vorzusehen. Für die Union ist dieser Weg politisch nicht akzeptabel. Er ist aber auch nicht finanzierbar, wenn man berücksichtigt, daß die Bundesrepublik Deutschland der größte Nettozahler in der EG ist.

Die Union ist sich bewußt, daß die Strategie der Sicherung angemessener Einkommen über die Preise nur dann erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, auf andere, bessere Weise die Agrarüberschüsse abzubauen.

### 0,7 Prozent! Inflation niedrig wie vor 18 Jahren

Die Inflationsrate lag im Februar bei 0,7 Prozent, errechnete das Statistische Bundesamt. So niedrig war die Steigerung der Lebenshaltungskosten zuletzt im Dezember 1967 — vor 18 Jahren!

(Siehe auch Flugblatt  
„Zur Sache“)

### HEUTE LESEN SIE:

- **AUSSENPOLITIK**  
Erklärung zur deutsch-französischen Freundschaft. Seite 3
- **INNERE SICHERHEIT**  
Datenschutz statt Täterschutz. Seite 4
- **SCHLESWIG-HOLSTEIN**  
Ergebnisse der Kommunalwahl vom 2. März 1986 und Erklärungen von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Generalsekretär Heiner Geißler. Seite 7
- **WIRTSCHAFT**  
Die Kasse des kleinen Mannes stimmt — stabile Preise kommen allen zugute. Seite 11
- **SEXUALSTRAFRECHT**  
Finger weg von unseren Kindern. Seite 13
- **DOKUMENTATION**  
Unsere Jugend hat Zukunft. Grüner Teil



## Das Konzept legt deshalb den Schwerpunkt auf folgende Maßnahmen:

1. Erschließung neuer Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Hier geht es zum einen um den vermehrten Anbau von Eiweißfutterpflanzen; noch bedeutender wird aber die Öffnung industrieller Märkte (Treibstoff, Stärke, Faserstoffe) für die Landwirtschaft sein. Berechnungen zeigen, daß die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe zu wettbewerbsfähigen Preisen bereits heute weniger Zuschüsse erfordert als die zur Zeit von der EG geübte Praxis, Überschußmengen aufzukaufen, zu lagern und dann auf den Weltmarkt zu exportieren. Angesichts der absehbaren Erschöpfung der Erdölvorkommen und der mittelfristig und langfristig zu erwartenden Preissteigerungen für Erdölderivate läßt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit prognostizieren, daß die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe im Laufe der Jahre immer weniger Zuschüsse in Anspruch nehmen wird, ja, wahrscheinlich schon zu Beginn der 90er Jahre ohne Zuschüsse rentabel sein wird.

2. Herausnahme von Betrieben aus der landwirtschaftlichen Produktion auf freiwilliger Basis gegen Ausgleichszahlungen (Marktentlastungsprämie); damit wird ökologischen Erfordernissen unserer Gesellschaft Rechnung getragen; die herausgenommenen Flächen können für Zwecke des Umwelt- und Naturschutzes genutzt werden.

Die Marktentlastungsprämie soll im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel älteren Landwirten gewährt werden, die bereit sind, die landwirtschaftliche Erzeugung einzustellen und die landwirtschaftlich genutzten Flächen weiter zu pflegen oder aufzuforsten.

Die Marktentlastungsprämie soll einen Sockelbetrag und einen Flächenzuschlag umfassen.

Die Maßnahme, die gleichermaßen agrarpolitischen, sozialen und ökologischen Zwecken dient, soll zur Hälfte von der EG und zur anderen Hälfte von den Mitgliedstaaten finanziert werden, wobei im Fall der Bundesrepublik Deutschland dieser Betrag durch die Bundesländer aufzubringen wäre.

Da der Abbau der Überschüsse durch die vorstehend genannten Maßnahmen erst mittelfristig EG-weit wirksam werden kann, unterstreichen CDU und CSU die Notwendigkeit flankierender Maßnahmen, mit denen die landwirtschaftlichen Einkommen kurzfristig gestützt werden können. Die wichtigsten Aussagen des Konzepts betreffen:

a) Die Anerkennung der besonderen Leistungen, welche unsere Landwirte für die Erhaltung der Kulturlandschaft erbringen. Soweit sich hieraus für die Landwirtschaft Lasten ergeben, die über das allgemeine Maß hinausgehen, ist der Landwirtschaft nach Auffassung der Union ein Ausgleich zu zahlen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Erweiterung des Programms für Bergbauern und für andere benachteiligte Gebiete zu sehen. Hierunter fallen aber auch Ausgleichszahlungen für Landwirte, deren Flächen aus ökologischen Gründen besonderen Beschränkungen unterworfen sind (Naturschutzgebiete, Wasserschutzgebiete, ganz allgemein Flächen, die nur extensiv genutzt werden sollen).

b) Staatliche Hilfen zur sozialen Sicherung der bäuerlichen Familie. CDU und CSU werden insbesondere die von ihnen geschaffene landwirtschaftliche Alterssicherung weiter stärken. Wegen der ungünstigen Altersstruktur muß der Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtleistungen der Altershilfe entsprechend angepaßt werden.



## Zum deutsch-französischen Verhältnis:

# Die Freundschaft zwischen beiden Völkern wurde noch enger geknüpft

Präsidium und Bundesvorstand der CDU haben sich in ihrer Sitzung am Montag, 3. März 1986, auch mit dem Ergebnis der deutsch-französischen Konsultationen in den letzten Wochen befaßt. Die Führungsgremien der CDU beglückwünschten Bundeskanzler Helmut Kohl und den französischen Präsidenten François Mitterrand zu ihrem großartigen Erfolg und dankten ihnen.

Was seine Vorgänger im Amte seit Jahren vergeblich zu erreichen versucht haben, ist dank der Beharrlichkeit wie des Einsatzes von Bundeskanzler Helmut Kohl, vor allem aber dank seines persönlichen Vertrauens- und Freundschaftsverhältnisses mit Präsident Mitterrand, gelungen: Die gemeinsame Vereinbarung über eine engere Zusammenarbeit der beiden Regierungen auf den Gebieten der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist ein politischer Durchbruch, der das Schicksal beider Völker und beider Staaten noch enger miteinander verknüpft. Das gilt insbesondere für die vereinbarten Konsultationsmechanismen im Bereich der französischen Atomstreitkräfte. Die Schicksalsgemeinschaft zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, von der Präsident Mitterrand nach Abschluß der gemeinsamen Konsultationen gesprochen hat, ist in einem weiteren wichtigen Schritt Realität geworden.

Auf der Beitragsseite sollen einkommensschwache Betriebe durch gezielte Beitragszuschüsse weiter entlastet werden.

c) Steuerliche Einkommenshilfen. Die Bundesregierung hat bereits mit Unterstützung von CDU und CSU folgende Maßnahmen getroffen:

- Erhöhung des Freibetrages beim Verkauf oder der Aufgabe kleiner land- und forstwirtschaftlicher Betriebe;
- Ausweitung des Kreises der Begünstigten;
- Ausdehnung des Freibetrages zur Abfindung weicher Erben auf jeden dieser Erben;
- Einführung eines Freibetrages für Veräußerungserlöse aus Grund und Boden, bei Tilgung betrieblicher Schulden befristet auf drei Jahre.

## Zahl der Beschäftigten steigt weiter an

Zu den beschäftigungspolitischen Erfolgen der Bundesregierung erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Matthias Wissmann: Parallel zu den sich verstärkenden konjunkturellen Aufschwungtendenzen nimmt auch die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer wieder zu. Allein im 3. Quartal 1985, für das inzwischen statistisch gesicherte Daten verfügbar sind, hat die Beschäftigung um 80 000 Arbeitnehmer zugenommen. Dies ist die stärkste Beschäftigungszunahme seit Beginn des Wiederanstiegs der Zahl der Beschäftigten Anfang des Jahres 1984. Für dieses Jahr scheint es realistisch von einem weiteren Beschäftigungsanstieg von rund 300 000 bis 330 000 Personen auszugehen.



## Das bringen die neuen Sicherheitsgesetze

# Datenschutz statt Täterschutz

Die Bundesregierung erfüllt einen Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes. Zur Vorgeschichte: Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz vom 15. Dezember 1983 das Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ formuliert. Jeder Bürger hat das Recht, selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen. Mit diesem Urteil war der Gesetzgeber verpflichtet, die Bestimmungen über die Datenverarbeitung, vor allem der Sicherheitsbehörden, zu überprüfen und klarer zu fassen.

Die Koalitionsfraktionen haben dazu ein Gesetzespaket erarbeitet. Es enthält im einzelnen:

- Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes in Verbindung mit einer Ergänzung des Verwaltungsverfahrensgesetzes; beide schützen vor den spezifischen Gefahren der automatisierten Datenverarbeitung und regeln die Zweckbindung personenbezogener Daten und das Auskunftsrecht der Bürger.
- Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes; darin werden klare Grundlagen geschaffen für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel und die Speicherung und Übermittlung personenbezogener Daten.
- Gesetz für den Militärischen Abschirmdienst (MAD), der damit erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt wird.
- Gesetz über die Benutzung des zentralen Verkehrsinformationssystems (ZEVIS) beim Kraftfahrtbundesamt.

ZEVIS kann wichtige Hilfen bei der Verfolgung von Straftätern leisten.

- Gesetz über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, das die Weitergabe und Verwendung personenbezogener Daten zwischen den Verfassungsschutzbehörden, den Nachrichtendiensten, der Polizei und den Staatsanwaltschaften regeln soll.

Vom Deutschen Bundestag bereits beschlossen ist die Einführung des handlichen, bruch- und fälschungssicheren sowie schnell lesbaren Personalausweises und des Europapasses.

Eine erstmals klare gesetzliche Grundlage für die computergestützte Gebietsfahndung (§ 163 d StPO) dient der Verfolgung von Schwerverbrechern (Gewalt- und Rauschgiftkriminalität) und schützt gleichzeitig die Persönlichkeitsrechte des Bürgers.

Die Kriminalitätsentwicklung im Jahre 1984 ist erstmals seit 1973 wieder günstiger als im Vorjahr. Die Zahl der registrierten Straftaten nahm um 4,9 Prozent ab. Trotzdem gab es allein über 100 000 Fälle von Gewaltkriminalität. Dazu zählen unter anderem Mord, schwerer Raub, Vergewaltigung und Kindesentführung.

Jede dieser Gewalttaten bringt schweres Leid über Opfer, Eltern und Familienangehörige. Die Fälle organisierter Kriminalität und brutaler Terroranschläge nahmen laut Statistik gegenüber dem Vorjahr sogar zu. Die Bürger erwarten zu Recht vom Staat, daß er den inneren Frieden sichert, sie gegen Verbrechen schützt und so die freie Entfaltung der Menschen ermöglicht.



## Bürgerschutz und Datenschutz

Die CDU hat sich von jeher für den Schutz des Persönlichkeitsrechts eingesetzt. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit setzt dabei voraus, daß der Staat seine Bürger wirksam vor innerer und äußerer Gewalt und Angriffen auf ihre Rechtsgüter schützen kann. Datenschutz und innere Sicherheit dienen daher einem Ziel: der Gewährleistung der Freiheit in Sicherheit.

Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht das Recht auf „informationelle Selbstbestimmung“ auch nicht absolut gesetzt. Es hat mit Berufung auf den Grundsatz der Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsverbundenheit der Person festgestellt, daß „der Einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen“ muß.

## Verbesserungen für den Datenschutz

Mit der Vorlage der Datenschutz- und Sicherheitsgesetze hat die Bundesregierung ein Beispiel für eine umfassende Verwirklichung der Grundsätze des Volkszählungsurteils gegeben. Hier die wichtigsten Beispiele datenschutzfreundlicher Regelungen, die zum Teil gravierende Einschränkungen der bisherigen Informationspraxis zum Gegenstand haben, ohne die Belange des Bürgerschutzes zu beeinträchtigen:

- Bislang weitgehend gesetzlich unregelte Räume werden erstmals rechtsstaatlich einwandfrei gefaßt. Die Bundesrepublik Deutschland übernimmt damit eine Vorreiterrolle in Europa. **Die neuen Datenschutzregelungen sind besser als die Praxis im SPD-regierten Hessen.**
- Ein Datenverbund der Nachrichtendienste des Bundes untereinander und

zur Polizei wird nicht zugelassen. Insbesondere der Datenverbund zwischen Polizei und Verfassungsschutzbehörden wird ausgeschlossen. Er ist nur für die Verfassungsschutzbehörden untereinander vorgesehen.

- Jede Datensammlung muß streng am Grundsatz der Erforderlichkeit ausgerichtet sein; die Datensammlung auf Vorrat wird verboten.
- Besondere Kontrollvorschriften erleichtern die Überwachung der Datenströme.
- Für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) und den Bundesnachrichtendienst (BND) werden erstmals gesetzliche Grundlagen geschaffen.
- Für „Jugendsünden“ besteht ein Speicherverbot.
- Bei Sicherheitsüberprüfungen muß immer die Zustimmung des Betroffenen eingeholt werden.
- Wenn Sicherheitsbehörden falsche Auskünfte erteilt haben, werden sie erstmals gesetzlich verpflichtet, diese zu berichtigen.
- Die Kontrollbefugnisse der Datenschutzbeauftragten werden erheblich ausgedehnt. Sie beziehen sich nicht mehr ausschließlich auf elektronische Dateien, sondern auch auf herkömmliche Akten. Die Kontrollbefugnis wird teilweise auch auf solche Daten erweitert, die besonderen Geheimnissen unterliegen.
- Für den Bürger wird ein verschuldens-unabhängiger Schadenersatzanspruch bei rechtswidriger automatisierter Datenverarbeitung eingeführt.
- Die Bürger erhalten ein erweitertes und kostenfreies Auskunftsrecht gegenüber den datenverarbeitenden Stellen.
- Die Fahndung nach Schwerstverbrechern durch die sofortige Gebietsfahndung (§ 163 d StPO) wird erstmals auf klare rechtliche Grundlagen gestellt. Die



Opposition benennt diese Fahndungsart mit dem Kampfbegriff „Schleppnetzführung“. Die schon bisher mögliche Gebietsfahndung wird jetzt rechtlich klar eingegrenzt. Bei Verdacht auf schwerste Straftaten darf die Polizei bei Personenkontrollen anfallende Daten speichern, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, daß die Auswertung der Daten zur Aufklärung der Straftat führen kann und wenn die Verhältnismäßigkeit gewahrt ist. Die Speicherung darf nur durch einen Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden; sie tritt dann aber wieder außer Kraft, wenn sie nicht innerhalb von drei Tagen von einem Richter bestätigt wird. Art und Dauer der Datenerhebung sind genau festzulegen, räumlich zu begrenzen

und auf höchstens drei Monate zu befristeten. Weiterhin müssen die erlangten personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, sobald sie für die Verfolgung der Straftat nicht mehr benötigt werden.

● Durch den neuen Personalausweis wird eine schnellere Abfertigung z. B. auf Flughäfen sowie ein größtmöglicher Schutz vor mißbräuchlicher Verwendung des Ausweises durch Unbefugte erreicht. Mit dem Europapaß wird das Reisen in Europa erleichtert.

**Die neuen Sicherheitsgesetze bringen für den Bürger mehr Datenschutz, bessere Verbrechenbekämpfung, schnellere Abfertigung auf Flughäfen und damit insgesamt mehr Freiheit.**

## Die Kreis- und Gemeindewahl am 2. März 1986 in Schleswig-Holstein

### Vorläufiges amtliches Endergebnis

|                 | Kreis 1986 <sup>1)</sup> | Kreis 1982 <sup>1)</sup> | Bund 1983 <sup>2)</sup> | Land 1983      |
|-----------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------|----------------|
| Wahlberechtigte | 2003840                  | 1938134                  | 1975075                 | 1965881        |
| Wahlbeteiligung | 1377892 (68,8)           | 1431240 (73,8)           | 1761269 (89,2)          | 1667294 (84,8) |
| Gültige Stimmen | 1353759                  | 1403225                  | 1748119                 | 1662472        |
| CDU             | 589009 (44,2)            | 703069 (50,1)            | 812175 (46,5)           | 814557 (49,0)  |
| SPD             | 545749 (40,3)            | 484956 (34,6)            | 728903 (41,7)           | 726632 (43,7)  |
| GRÜNE           | 99817 ( 7,4)             | 42986 ( 3,1)             | 91098 ( 5,2)            | 60864 ( 3,7)   |
| FDP             | 59493 ( 4,4)             | 95948 ( 6,8)             | 109899 ( 6,3)           | 35832 ( 2,2)   |
| SSW             | 23419 ( 1,7)             | 25583 ( 1,8)             | — —                     | 21807 ( 1,3)   |
| DKP             | 3179 ( 0,2)              | 3820 ( 0,3)              | — —                     | — —            |
| ÖDP             | 1320 ( 0,1)              | — —                      | — —                     | — —            |
| Wählergruppen   | 22763 ( 1,7)             | 33975 ( 2,4)             | — —                     | — —            |
| Einzelbewerber  | 10 ( 0,0)                | 704 ( 0,1)               | — —                     | — —            |
| GRL             | 0 ( 0,0)                 | 12098 ( 0,9)             | — —                     | — —            |
| Sonstige        | 0 ( 0,0)                 | 86 ( 0,0)                | — —                     | — —            |

<sup>1)</sup> ohne Wahlkreis 4 (Plön-Ost) des Kreises Plön. Dort findet eine Nachwahl statt.

<sup>2)</sup> Zweitstimmen



# Das Ergebnis ist enttäuschend – aber immer noch stärkste Partei

Das Ergebnis der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein hat die Erwartungen der CDU nicht erfüllt. Auch wenn damit zu rechnen war, daß die unter günstigen Bedingungen erzielten Werte des Jahres 1982 nicht wieder erreichbar waren, konnte nach der deutlichen Zustimmung im Wahlkampf ein besseres Ergebnis als 44,2 Prozent (1982: 50,1 Prozent) erwartet werden.

Gerhard Stoltenberg, Bundesminister der Finanzen und Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein, erklärte noch am Wahlabend im NDR: Das Ergebnis ist sicher enttäuschend, obwohl man das vorherige Ergebnis nicht zum Maßstab machen kann. Das vorherige Ergebnis war für uns ein gewaltiger Sprung nach oben, für die SPD eine gewaltige Verschlechterung nach unten. Wir haben also eine gewisse Normalisierung schon erwartet, aber ich sage ganz offen: meine Erwartungen gingen eher in Richtung auf 47 Prozent als auf 44 Prozent. Nun müssen wir fragen: Woran liegt es, daß weniger Bürger zur Wahl gegangen sind? Das hat allen Parteien geschadet, mit Ausnahme der GRÜNEN. Die SPD hat eine Normalisierung mit 41 Prozent, sie liegt unter ihren Landtags- und Bundestagswahleregebnissen der siebziger Jahre. Es ist schon möglich, daß die nach wie vor erheblichen regionalen Probleme in Teilen Schleswig-Holsteins uns als Regierungspartei ein Stück mehr getroffen haben.

Andererseits sind wir mit gut 44 Prozent nach wie vor die stärkste Kommunalpartei, und wir haben keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen, sondern an die Arbeit zu gehen und zu sehen, daß wir auch einmal

wieder in die Bandbreite von 45 bis 50 Prozent kommen.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl im Januar 1987 haben wir jetzt etwa einen Gleichstand zwischen CDU und FDP auf der einen Seite, SPD und GRÜNE auf der anderen Seite. Das ist nicht optimal, aber das ist natürlich überhaupt kein Grund, jetzt pessimistisch zu sein. Mit einem Gleichstand in Schleswig-Holstein zwischen den beiden politischen Lagern können wir, wenn wir unsere Wähler im stärkeren Umfang an die Wahlurne bekommen und da, wo wir örtlich Einbrüche haben, diese ausgleichen, natürlich einen guten Beitrag für das Ergebnis des Januars 1987 leisten.

## Geißler: Keine Testwahl

Die „partiell kritische Stimmung“ gegenüber der Bundesregierung ist nach einer von CDU-Generalsekretär **Heiner Geißler** vorgetragenen Analyse von CDU-Präsidium und Bundesvorstand schuld am schlechten Abschneiden der Union bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen. Geißler begründete diese Stimmung mit dem Hinweis darauf, daß zwar notwendige, aber unpopuläre Gesetzesvorhaben wie die Neuregelung des § 116 und die Sicherheitsgesetze derzeit im Bundestag behandelt würden.

Die CDU-Führung hatte sich am Montag, 3. März 1986, in Bonn unter Leitung des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Helmut Kohl ausführlich mit dem Ergebnis befaßt, das der CDU Verluste von knapp sechs Prozentpunkten gebracht hatte. Geißler wies jeden Versuch zurück, die Kommunalwahl im Norden zu einer Testwahl für die nächsten Landtagswahlen



### **in diesem Jahr, geschweige denn für die Bundestagswahl 1987 hochzustilisieren.**

Er räumte ein, daß dieser Urnengang eine „Stimmungswahl“ gewesen sei. Die Bundestagswahl dagegen werde eine „Richtungsentscheidung“. Das Kieler Ergebnis, sagte Geißler, sei „unterhalb der auf Grund des Wahlkampfes begründeten Erwartungen“ geblieben; allerdings wertete er als Pluspunkt, daß die CDU ihre Stellung als stärkste Kommunalpartei mit vier Prozent Vorsprung gegenüber der SPD habe behaupten können. Eine der Hauptursachen für das schlechte Ergebnis sei das Fernbleiben vieler Wähler. Als Konsequenz kündigte Geißler eine energische Mobilisierung der CDU-Anhänger auch gegen „Kampagnen“ der Opposition und einiger Gewerkschaften an.

### **Reichardt: Regionale Unterschiede**

Die Verbesserung der 34,6 Prozent der SPD aus dem Jahr 1982 auf jetzt 40,3 Prozent stellt im Vergleich zu sonstigen Wahlergebnissen eher eine Normalisierung dar, stellte Rolf Rüdiger Reichardt, Generalsekretär der CDU Schleswig-Holstein, fest. Die Wahlergebnisse zeigen deutliche regionale Unterschiede. In den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck und Neumünster konnte die SPD die absolute Mehrheit erringen oder die Voraussetzung für eine rot-grüne Verbindung schaffen, und an der Westküste sind die CDU-Verluste überdurchschnittlich hoch. In vier Kreisen konnte die CDU die absolute Mehrheit halten. In vier weiteren Kreisen ist die Mehrheit mit Unterstützung der FDP möglich.

Existenzprobleme in der Landwirtschaft, der Rückgang der in Schleswig-Holstein überproportional vertretenen Bauwirtschaft und die Dauerkrise im Schiffsbau sind neben erkennbaren überregionalen Trendveränderungen erste Erklärungen

für das Wahlergebnis. Die Wahlbeteiligung lag mit 68,8 Prozent um fünf Prozent unter dem Wert von 1982 und ging offensichtlich überwiegend zu Lasten der CDU. Die Zusammenarbeit zwischen CDU und FDP ist jetzt auch in der schleswig-holsteinischen Kommunalpolitik gefragt, und die SPD wird zeigen, wie sie es mit den GRÜNEN hält. Die Auswertung der Einzelergebnisse wird erst aufzeigen, wo die Gründe für die gezielte Wahlenthaltung liegen und wie ihnen zu begegnen ist.

### **120 000 CDU-Wähler machten erst gar kein Kreuzchen**

Als Hauptursachen für die hohen CDU-Verluste bei den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen hat der Hamburger Wahlforscher Andreas J. Kohlsche die geringe Wahlbeteiligung (68,8 Prozent) und die Wählerwanderungen von der CDU zur SPD bezeichnet. Kohlsche sagte in Kiel der Nachrichtenagentur dpa, nach seinen Erkenntnissen seien etwa 120 000 Wahlberechtigte, die vor vier Jahren noch CDU gewählt haben, diesmal nicht an die Wahlurnen gegangen. Knapp vier Prozent oder etwa 70 000 ehemalige CDU-Wähler hätten jetzt für die SPD votiert. Bei der Motivforschung für das Wählerverhalten verwies Kohlsche besonders auf „vielfältige Ursachen und regionale Besonderheiten“. Die überdurchschnittlich hohen Verluste der CDU in den Westküstenkreisen Dithmarschen (minus 10,9 Prozent) und Nordfriesland (minus sieben Prozent) bedeuteten für Kohlsche keine Überraschung. Hier seien zwei Gründe deutlich ausschlaggebend gewesen: Im ländlichen Bereich die Unzufriedenheit mit der Bonner und Brüsseler Agrarpolitik und zusätzlich der Streit um den „Nationalpark Wattenmeer“. Kohlsche: „Deshalb sind viele Wahlberechtigte zu Hause geblieben.“



Einen Rückschluß aus dem schleswig-holsteinischen Ergebnis für die niedersächsischen Landtagswahlen im Juni wollte der Wahlforscher nicht ziehen — „vor allem wegen der geringen Wahlbeteiligung in Schleswig-Holstein“. Nach seiner Einschätzung wird es in Niedersachsen „besonders auf die Höhe der Wahlbeteiligung“ ankommen. Für ihn als Wahlexperten sei „eigentlich dort noch alles offen“.

## Pressestimmen:

### Test oder nicht?

Der Trend ist deutlich. Er begann im Saarland, pflanzte sich über Nordrhein-Westfalen nach Schleswig-Holstein weiter und droht am 15. Juni auf Niedersachsen überzugreifen. Da hilft alles Jammern über geringe Wahlbeteiligungen nichts. Sicher haben Regionalwahlen auch eine Ventilfunktion. Da macht sich Verärgerung Luft, ohne daß die betreffenden Wähler oder Nichtwähler dieser Einstellung auch bei einer Bundestagswahl Ausdruck verleihen würden. Ein Naturgesetz ist dies aber nicht. Die Union muß also noch einiges tun, um ihre Erfolge wahlwirksam an den Mann zu bringen.

(General-Anzeiger vom 4. 3. 1986)

In einem Boot sitzen auch SPD und GRÜNE. An der Saar und in Nordrhein-Westfalen hatten es die Sozialdemokraten geschafft, die Nebenbuhler in den Schwitzkasten zu nehmen. In Schleswig-Holstein gelang dies nicht. Johannes Rau täuscht sich. Das für ihn unangenehme Thema erledigt sich also nicht von selbst. Für die SPD ist der Erfolg der Öko-Partei das Wasser im reinen Wein des Wahlerfolgs.

(Kölnische Rundschau vom 4. 3. 1986)

## Unüberhörbarer Warnschuß

*Für die Sozialdemokraten besteht zwar Grund zur Freude, aber kaum zu einem Siegestaumel. Die SPD machte im wesentlichen eine ungewöhnliche Wahlniederlage vor vier Jahren wett, wobei sie der CDU größere Verluste beibrachte, als diese glaubte befürchten zu müssen. Soviel ist immerhin richtig. Aber davon wachsen die Bäume noch nicht in den Himmel.*

(Frankfurter Neue Presse, 4. 3. 86)

*Noch ist das Wahlergebnis nur ein Schuß vor den Bug und jede Spekulation auf das Bundestagswahlergebnis völlig verfrüht; doch nachdenklich muß die Koalition schon werden, wenn sie sieht, daß das günstige Wirtschaftsumfeld, das sie mitgestaltet hat, bei Wahlen so wenig Schubkraft entfaltet.*

(Stuttgarter Nachrichten vom 4. 3. 1986)

*Es bedurfte der schleswig-holsteinischen Wahl nicht, offenkundig zu machen, wie wenig Sympathisanten der CDU und der FDP geneigt sind, Bonner Erfolge harter Koalitionsarbeit zu honorieren. Die geringste Inflationsrate seit 1967, stabiler wirtschaftlicher Aufschwung seit 1983, Festigung von 24 Millionen Arbeitsplätzen, außenpolitische Glaubwürdigkeit mit hohem Bonner Ansehen in der Welt verbunden zählen merkwürdigerweise wenig oder gar nichts, weil das Image von Kohl in der „Schleppnetzjagd“, des Paragraphen 116 und staatsanwaltlicher Ermittlungsroutine eigentlich nicht gefangen ist, wohl aber dadurch beeinträchtigt wird. Und da bleiben Bürger — wie in Schleswig-Holstein geschehen — einfach zu Hause statt zu wählen? Man weiß: Es waren überwiegend CDU-Sympathisanten. Ist schon vergessen, daß Kanzler Kohl 1982 aus der Krise kam? (Rheinische Post vom 4. 3. 1986)*



## Gespräche über Vermögensbildung

Unter Leitung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat ein Gespräch mit dem Vorstand des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) und dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stattgefunden. Im Mittelpunkt des Gespräches standen Überlegungen zur Weiterentwicklung der Vermögensbildung. Im Verlauf der Diskussion wurde festgestellt, daß eine Vielzahl vermögensbildungspolitischer Anregungen des BKU die volle Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion findet. Dabei geht es nicht nur um die Beteiligung am Produktivkapital, sondern auch um die Anhebung der Eigentumsquote. Die Vertreter des Verbandes erörterten ihren Vorschlag, im Wege der Bildung von überschaubaren Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die genossenschaftlich organisiert sein sollen, den einzelnen Sparer über die Vermögensbildung direkt in die Verantwortung für das jeweilige Unternehmen einzubeziehen. Alfred Dregger sagte eine eingehende Überprüfung der genossenschaftsrechtlichen Aspekte dieses Vorschlages zu und erklärte die Bereitschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, diese „neue Idee mit vielen neuen Fragen“ in die vermögensbildungspolitischen Überlegungen zur nächsten Legislaturperiode einzubeziehen.

## 700 Mio. DM Bundesmittel für den Hochschulbau

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat den Ländern für das Haushaltsjahr 1986 zur Mitfinanzierung von Hochschulbau- und Beschaffungsvorhaben als erste Rate einen Betrag von 700

Mio. DM zur Verfügung gestellt. Damit sollen die Länder in die Lage versetzt werden, bereits begonnene Hochschulbauvorhaben zügig weiterzuführen und die durch den 15. Rahmenplan für 1986 zum Bau freigegebenen Vorhaben möglichst bald zu beginnen. Hierunter fallen insbesondere Informatikvorhaben, die zur Abwendung des Numerus clausus für dieses Fach besonders dringlich sind. In den Mitteln ist auch die 50 %ige Bundesbeteiligung enthalten für die Beschaffung von Großgeräten für Forschung und Lehre einschließlich der für das Computer-Investitions-Programm (CIP) empfohlenen Geräteeinheiten.

Von den jetzt zur Verfügung gestellten 700 Mio. DM Bundesmitteln entfallen auf die einzelnen Länder:

|                     |             |
|---------------------|-------------|
| Baden-Württemberg   | 150 Mio. DM |
| Bayern              | 110 Mio. DM |
| Berlin              | 55 Mio. DM  |
| Bremen              | 5 Mio. DM   |
| Hamburg             | 35 Mio. DM  |
| Hessen              | 70 Mio. DM  |
| Niedersachsen       | 70 Mio. DM  |
| Nordrhein-Westfalen | 100 Mio. DM |
| Rheinland-Pfalz     | 40 Mio. DM  |
| Saarland            | 20 Mio. DM  |
| Schleswig-Holstein  | 45 Mio. DM  |

## Adenauer ist Favorit bei den deutschen Schülern

Deutschen Schülern imponiert Konrad Adenauer, der erste Kanzler der Bundesrepublik, am meisten; Eine Umfrage des Magazins „Eltern“ unter 2651 Schülerinnen und Schülern aller Schultypen, welcher Politiker aus Gegenwart und Vergangenheit sie am stärksten beeindruckt habe, brachte Adenauer konkurrenzlos den Spitzenplatz ein. Auf den oberen Rängen folgen Winston Churchill, Otto von Bismarck, Margaret Thatcher und Helmut Schmidt.



# Die Kasse des „kleinen Mannes“ stimmt

## Stabile Preise kommen allen zugute

Zu der vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Preissteigerungsrate von 0,7 Prozent im Februar 1986 gibt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld), folgende Erklärung ab: Die Preise stiegen im Februar 1986 gegenüber dem Vorjahresmonat nur noch um 0,7 Prozent. Damit ist annähernde Preisstabilität erreicht, dies war zuletzt vor 18 Jahren der Fall.

Blicken wir zurück: Ständige Preissteigerungen und Rückgang der Realeinkommen sind Markenzeichen der SPD-Politik der 70er Jahre. Heute wollen uns die Sozialisten vergessen machen, daß es sich bei der von ihnen verschuldeten Geldentwertung um einen besonders heimtückischen Griff ins Portemonnaie der Bürger gehandelt hat. 0,7 Prozent im Jahre 1986 statt 7,0 Prozent im Jahre 1974 — das ist der Unterschied zwischen einer Politik für den Bürger und einer Politik auf Kosten des Bürgers!

Hier wird das Ergebnis einer Wirtschafts- und Finanzpolitik mit Augenmaß sichtbar, die im besten Sinne als sozial zu bezeichnen ist. Selbst unter Berücksichtigung der Energiepreisentwicklung ist dieses Ergebnis ein einmaliger Erfolg. Stabile Preise kommen allen zugute, gerade auch den Haushalten mit geringerem Einkommen. Die alles miesmachende Kritik der Sozialdemokraten wird demgegenüber inzwischen nicht einmal mehr von SPD-nahestehenden Experten ernst genommen. So schrieb etwa der wirtschaftspolitische Berater der SPD, Prof. Krupp, vor wenigen Tagen: „Mit Beginn dieses Jahres sind für die privaten Haushalte

*Steuerentlastungen in Kraft getreten, die zu einer kräftigen Erhöhung der verfügbaren Einkommen geführt haben. Hinzu kommen die stabilen Verbraucherpreise, die die Kaufkraft der privaten Haushalte stärken.“*

Angesichts solch objektiver Feststellungen richtet sich das demagogische Geschrei von der angeblichen „sozialen Demontage“ selbst: Die Senkung der Preissteigerungsrate bringt mit jedem Prozent für die Arbeitnehmerhaushalte 5 Milliarden und für die Rentnerhaushalte 2 Milliarden DM an Kaufkraftzuwachs. Während die SPD mit dem verlogenen Schlagwort von der „organisierten Lieblosigkeit“ der Politik hausieren geht, sorgen wir dafür, daß die Kasse des „kleinen Mannes“ stimmt. Diesen Weg werden wir unbeirrt fortsetzen!

### 400 000 neue Arbeitsplätze

„Das Jahr 1986 wird noch erfolgreicher verlaufen, als wir es vorhergesagt haben. Dieser Aufschwung wird sicher noch 1987 weitergehen“, erklärte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in einem Interview mit der Kölner Zeitung „Express“. „Für dieses Jahr erwarte ich ein reales Wirtschaftswachstum von dreieinhalb bis vier Prozent und bis zu 400 000 neue zusätzliche Arbeitsplätze. Das sind 100 000 mehr als bisher erwartet.“

Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosigkeit dann um 150 000 bis 200 000 zurückgehen. Bei gleichbleibender Entwicklung beginnt 1988/89 der stärkere Abbau der Arbeitslosigkeit.



# Neue Konzepte der SPD werden dem selbstgesteckten Ziel nicht gerecht

**Zum Entwurf einer sozialpolitischen Konzeption der Kommission Sozialpolitik beim SPD-Parteivorstand erklärte in einer ersten Stellungnahme der Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Sozialpolitik der CDU, der Berliner Senator für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink:**

Die SPD erklärt, daß eine „einfache Fortschreibung der sozialdemokratischen Sozialpolitik“ nicht mehr ohne weiteres möglich ist. Ihr Entwurf versuche, eine „neue Sozialpolitik“ zu entwickeln. Nicht länger setze die SPD ihre Hoffnung auf „eine pauschale Ausdehnung der Sozialleistungsquote“.

Eine erste Bewertung des vorgelegten Papiers ergibt, daß die SPD leider diesem selbst gesteckten Ziel — mit einigen allerdings bemerkenswerten Ausnahmen (Rente statt Sozialhilfe, Förderung von Selbsthilfeinitiativen) — nicht gerecht wird.

Die Gewichtung der Vorschläge zeigt ganz eindeutig: Es bricht die alte verhängnisvolle Neigung der Sozialdemokraten durch, den Sozialstaatsgedanken zu überdehnen. In der Konsequenz bedeutet dies, die sozialen Probleme erst zu erzeugen, die eigentlich gelöst werden sollen.

## **Dazu einige Beispiele:**

1. Wer mehr selbst organisierte Hilfe und neue Formen von Solidarität für den Sozialstaat fruchtbar machen will, muß Raum dafür schaffen, z. B. durch konkrete Vorschläge für den Abbau staatlicher Versorgungsangebote. Dieser gesamte Komplex ist aber in der SPD-Konzeption ausgeblendet.

2. Die Konzeption der SPD ist in Anbetracht der gewaltigen Umverteilungsmaßnahmen niemals bei konstanter Sozialleistungsquote realisierbar. Die Verwirklichung der Konzeption würde eine massive Erhöhung der Sozialleistungsquote mit allen ihren Konsequenzen für die Steuer- und Abgabenbelastung der Bevölkerung und ihre Rückwirkungen auf die Höhe der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

3. Die Gesichtspunkte des gewachsenen Systems kommen allzu leicht zu kurz.

Zum Thema soziale Grundsicherung: Die allgemeine „soziale Grundsicherung“ scheint kein geeignetes Instrument zu sein, weil hier die Gefahr besteht, daß alles über einen Kamm geschoren wird. Die Mittel, die für eine soziale Grundsicherung in der Arbeitslosenversicherung zusätzlich bereitzustellen wären, sollte man besser zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung usw. verwenden.

## **Erfolge in der Europapolitik**

Auf Einladung der Europa Union Deutschland sprach Staatssekretär Schreckenberger im Februar in Mainz über das Thema „Auf dem Weg zur Europäischen Union — eine Zwischenbilanz“. Er wies auf die großen Erfolge hin, die die Regierung Helmut Kohl in der Europapolitik seit ihrem Amtsantritt erzielt hat. Vor uns — so Schreckenberger — liegen nicht nur Probleme der Neuordnung der Landwirtschaft. Besondere Bedeutung wird auch der Frage der Freizügigkeit im Bildungsbereich und der verstärkten Fortentwicklung der europäischen Technologiegemeinschaft zukommen.



# Finger weg von unseren Kindern

Zu den Forderungen der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen“, Stichwort „Sex schon ab 14“ erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kroll-Schlüter: Nicht mal ein Jahr ist es her, daß die GRÜNEN die Straflosigkeit sexueller Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern gefordert haben. Damals wurde „gewaltfreier“ sexueller Kontakt mit Kindern, mit welch subtilen Mitteln der Verführung er auch immer erzwungen wurde, zu etwas Positivem deklariert. Für die GRÜNEN schien es keine psychische, sondern nur noch physische Gewalt zu geben.

Die Forderungen der „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen“ können nur als verspätete Solidarisierung mit den Vorstellungen der grünen „Kin-

derfreunde“ gewertet werden. Die Verführung von Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren sowie homosexuelle Kontakte von Männern mit Jungen zwischen 14 und 18 sollen nicht mehr strafbar sein. Die Sozialdemokraten begründen dies damit, daß der intimste Bereich von strafrechtlicher Fremdbestimmung frei bleiben solle. Während die SPD auf fast allen Gebieten die Zuständigkeiten des Staates ausdehnen will, sollen im Bereich des Jugendschutzes die notwendigen Orientierungspunkte verwischt werden.

Die sexuelle Entwicklung junger Menschen muß behutsam erfolgen. Kinder dürfen nicht Freiwild für lästige Erwachsene sein und deren raffinierten Verführungskünsten ohne Schutz durch das Strafrecht ausgeliefert werden. Bewährte Schutzvorschriften dürfen nicht leichtfertig scheinemanzipatorischen Bewegungen zum Opfer fallen.

## Dazu schreibt die Presse: Dieser Vorschlag muß aus der Welt

Eine Welle der Entrüstung hat die SPD-Bundeskommission „Sexualstrafrecht“ mit ihrer jüngsten Forderung ausgelöst. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen plädiert für eine Aufhebung der Strafrechts-Paragrafen 175 (Homosexualität) und 182 (Verführung Minderjähriger). Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Rita Süßmuth, äußert in der Zeitung „Kölner Rundschau“ vom 1. 3. 1986 ihre Bedenken.

**Frage:** Frau Ministerin, wie fühlen Sie als Mutter, wenn Sie von der Möglichkeit hören, daß künftig Erwachsene für homose-

*xuelle Kontakte mit 14- bis 18jährigen Jugendlichen oder für die Verführung unter 16 Jahre alter Mädchen nicht mehr bestraft werden?*

**Süssmuth:** Mir ist dieser Vorschlag der juristischen Expertenkommission gänzlich unverständlich. Und ich kann verstehen, daß Eltern aufgeschreckt sind, wenn sie von diesem Vorschlag hören. Es ist ja 1974, als die Strafrechtskommission diese Altersgrenze festgelegt hat, sorgfältig mit Wissenschaftlern geprüft worden, wo sie zu setzen ist.

Sicherlich kann man im internen Kreis wissenschaftliche Gespräche über dieses Problem führen. Aber mit einem solchen Vorschlag an die Öffentlichkeit zu gehen, halte ich für wirklich nicht verantwortlich. Ich muß Ihnen nochmals sagen, daß



dies in bezug auf die betroffenen Jugendlichen unbedingt aus der Welt muß.

**Frage:** *Was halten Sie als Frau von der Initiative?*

**Süssmuth:** Das ist jetzt ein mehr subjektives Empfinden: Hier haben Experten über einen Sachverhalt geurteilt, wo sie mal wieder überhaupt nicht daran gedacht haben, daß es um die Würde der Person und erst recht um die Würde der Frau geht.

**Frage:** *Als Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit sind Sie besonders gefragt...*

**Süssmuth:** Unsere Gegenschritte bestehen darin, nach außenhin deutlich zu machen, daß die Bundesregierung an ihren Auffassungen festhält und sich in gar keiner Weise mit dem Gedanken überhaupt beschäftigt, den Jugendschutz in diesem Punkt an irgendeiner Stelle aufzuweichen.

**Frage:** *Und wie denken Sie als Parteipolitikerin über die Forderung der Sozialdemokraten?*

**Süssmuth:** Ich halte es für sehr widersprüchlich, wenn es auf der einen Seite ständig darum geht, sich zum Anwalt der Frauen zu machen. Und auf der anderen Seite wird mit solchen Vorstößen an die Öffentlichkeit getreten! Ich kann nur hoffen, daß auch die Frauen in der SPD dies durch die Bank ablehnen.

## Wer die Jugend gefährdet

Zum Glück gehört die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) nicht zu den prominenten Untergruppierungen der SPD. Mit den SPD-Frauen, Arbeitnehmern oder mit den Jusos können sie sich nach Zahl und Einfluß nicht messen. Aber immerhin sind sie eine offizielle Arbeitsgemeinschaft der Partei. Schon früher waren sie mit extre-

men Positionen in die Öffentlichkeit getreten. Nun aber haben sie einen gewissen Gipfel erklommen.

Die sozialdemokratischen Juristen schlagen vor, daß Homosexualität Erwachsener mit Minderjährigen nicht mehr bestraft werden soll. Sie wollen auch, daß die Verführung von Mädchen unter 18 Jahren straffrei bleibt. Die GRÜNEN haben vor Jahresfrist sich selbst schweren Schaden zugefügt, als sie für die Freigabe von sexuellen Handlungen an Kindern plädierten. Die ASJ schreckt das nicht ab, solchen Spuren zu folgen, und zwar keineswegs errötend.

Jeder weiß, daß sich das Verhältnis der Gesellschaft zur Sexualität so stark verändert hat, daß viele Altersgrenzen, die das Strafgesetzbuch zieht, von dem, was täglich geschieht, dementiert zu werden scheinen. Aber Rechtsnormen sind nicht deswegen falsch, weil sie nicht eingehalten werden. Eine jahrelange Diskussion um das Sexualstrafrecht hat vor 15 Jahren die Freiheit des einzelnen obenangestellt, diese aber streng nach den Erfordernissen des Jugendschutzes begrenzt.

Den Jugendschutz aber will die ASJ aufheben. Es geht nicht um den angeblich frühreifen Siebzehnjährigen oder um das gleichaltrige Mädchen, das aussieht, als sei es 25. Es geht um heranwachsende Jugendliche, die teilweise noch Kinder sind, 14- oder 15jährige, die jedenfalls dem körperlichen Schritt des Erwachsenwerdens geistig und seelisch noch nicht folgen können. Sie muß das Strafrecht vor verantwortungs-, wenn nicht skrupellosen Erwachsenen schützen. Wahrscheinlich argumentiert die ASJ wieder einmal mit Schlagworten wie Selbstbestimmung, Liberalität und gesellschaftlicher Akzeptanz. Auf die Idee, daß solche Thesen in jeder Hinsicht jugendgefährdend sind, kommt sie nicht.

Frankfurter Neue Presse vom 27. 2. 1986.



# Ergebnis des Referendums in Dänemark ist für Europa eine gute Nachricht

Zum Ausgang des Referendums in Dänemark über die Luxemburger Vereinbarungen stellte der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des CDU-Präsidiums, Egon Klepsch, folgendes fest: Die dänische Bevölkerung hat sich mit einer überzeugenden Mehrheit für die Luxemburger Vereinbarungen zur Reform der Römischen Verträge ausgesprochen. Der entschlossene proeuropäische Kurs der Regierung Schlüter ist damit eindrucksvoll bestätigt worden.

Die Sozialisten, die sich in diesem Referendum erneut als Antieuropäer darstellten, sind ebenso eindrucksvoll in die Schranken gewiesen worden. Für uns kommt dieses Ergebnis nicht überraschend, die EVP-Fraktion hat von Anfang an Vertrauen in die Vernunft und den Weitblick der Bürger gesetzt, die bes-

ser als linke Politiker erkennen, daß es zur Europäischen Gemeinschaft keine Alternative gibt — weder wirtschaftlich noch politisch. Nur das immer engere Zusammengehen der Europäer sichert uns allen auf Dauer Frieden, Freiheit und Wohlstand. Der Unterzeichnung der Luxemburger Vereinbarungen durch alle zwölf Mitglieder steht nun nichts mehr im Wege. Der Prozeß der Ratifizierung muß jetzt in den nationalen Parlamenten zügig in Gang gesetzt und so bald wie möglich abgeschlossen werden. Die Ratspräsidentschaft hat jetzt noch mehr Grund, auch schon vor Abschluß der Ratifizierung durch die Mitglieder im Geist der Luxemburger Vereinbarungen zu handeln. Das Ergebnis des Referendums in Dänemark ist für Europa eine gute Nachricht. Sie ermutigt dazu, auf dem Weg der Einigung entschieden weiterzugehen.

## Krach in Hamburgs SPD

Mit einem blauen Auge haben sich die Hamburger Genossen am Wochenende (22. Februar 1986) durch den personalpolitischen Teil der Vorbereitungen für den kommenden Bürgerschaftswahlkampf gequält. Wenn am 9. November die rund 1,6 Millionen Hamburger zur Wahlurne schreiten, liegt ihnen eine SPD-Liste vor, die den traditionellen Flügel-Proporz „ausgewogen“ berücksichtigt. Die in Hamburg schon immer starke Parteirechte wird auch in der 12. Wahlperiode die Mehrheit in der Bürgerschaftsfraktion stellen. Unverständnis und Unmut über das Procedere äußerte Ex-Kanzler Helmut Schmidt. „Schmidt-Schnauze“ nutzte

seine Rede, den Genossen streng die Leiven zu lesen: „Fraktionismus und Aktienpakete auf Parteitag finde ich einfach zum Kotzen“. Und der Abgeordnete „Schmidt-Bergedorf“, wie er in Bundestagsprotokollen verzeichnet ist, wetterte: „Was hier passiert, ist nicht durchschaubar“.

## „Billiges Öl ist Nachfragestütze“

Der Sturz der Ölpreise werde die privaten Haushalte in diesem Jahr noch stärker entlasten als die erste Stufe der Steuerreform, erklärte die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht. Sie erwartet von der Ölpreissenkung eine zusätzliche starke Stütze für die inländische Nachfrage.



# Wahlerfolge des RCDS

**Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat bei den Wahlen zu den studentischen Vertretungsorganen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erhebliche Erfolge erringen können. Wie der Bundesvorsitzende des RCDS, Christoph Brand, in Bonn mitteilte, ist es dem Studentenverband gelungen, teilweise Stimmenzuwächse zwischen 5 und 10 Prozent zu erringen.**

So habe der RCDS in Niedersachsen die Zahlen seiner Sitze in Studentenparlamenten landesweit von 38 um 17 auf 55 Sitze erhöhen können und damit eine prozentuale und nominale Erhöhung seiner Stimmen im Landesdurchschnitt um über 5 Prozent erreicht. Auch in Nordrhein-Westfalen sei es an der Universität Münster gelungen, die Stimmenanteile zu erhöhen.

In der Universität Münster verzeichnete der RCDS einen Zuwachs von 25,3 Prozent auf 27,4 Prozent und konnte damit seine Sitzzahl im Studentenparlament von 8 auf 9 steigern.

„Die erheblichen Zugewinne des RCDS zeigen, daß sich der bereits seit mehreren Semestern anhaltende Trend zugunsten demokratischer Gruppen an den bundesdeutschen Hochschulen fortsetzt. Hierbei ist es insbesondere wichtig, daß es dem RCDS und unabhängigen Gruppen gelungen ist, an allen Universitäten, an denen in diesem Wintersemester Wahlen stattgefunden haben, wichtige Fachschaften zurückzuerobern. Die deutlichen Zugewinne in den Fachbereichen Medizin, Jura und Wirtschaftswissenschaften dokumentieren eindrucksvoll, daß die Studenten die offensive und differenzierte Vertretung studentischer Belange durch

den RCDS, wie die Erfolge beim Katastrophenphysikum, der Mediziner Ausbildung, der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, aber auch bei der Novellierung des BAföG, honorieren. Nach wie vor ist der RCDS bei der wirksamen Vertretung studentischer Interessen der wichtigste Ansprechpartner der Studenten“, erklärte der RCDS-Bundesvorsitzende.

Der RCDS fordere die Jungsozialisten in der SPD nachdrücklich auf, von ihren Volksfrontbündnissen mit orthodoxen Kommunisten Abstand zu nehmen. Es sei ein unerträglicher Skandal, daß junge Sozialdemokraten durch ihre Koalitionen mit dem DKP-Studentenverband MSB-Spartakus die Bildung demokratischer ASten an den deutschen Universitäten seit Jahren verhinderten. Diejenigen Hochschulgruppen der Studentenschaft, die diesem Spektrum demokratischer Parteien zuzuordnen seien, könnten bundesweit über eine Mehrheit zwischen 55 und 60 Prozent verfügen, falls die Jungsozialisten in der SPD sich endlich zur Demokratie bekennen und ausschließlich mit demokratischen Hochschulgruppen zusammenarbeiten würden.

„Angesichts der zunehmenden Akademikerarbeitslosigkeit und oft fehlender Zukunftsperspektiven ist es von besonderer Bedeutung, daß die Studenten sich zunehmend von der extremistischen Linken abwenden, die mit anhaltender Demagogie versucht, diese schwierige Lage für ihre demokratiefeindlichen Ziele zu nutzen. Die Wahlergebnisse des Wintersemesters 1986 zeigen deutlich, daß die Studenten ihr Vertrauen der erfolgreichen, an ihren Interessen orientierten Arbeit des RCDS schenken“, erklärte der RCDS-Bundesvorsitzende Christoph Brand abschließend.



# Helmut Kohl: Der Sport ist die größte Bürgerinitiative in unserem Lande

Das CDU-Präsidium unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 26. Februar 1986 Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Sportbundes (DSB) unter Leitung von Präsident Willi Weyer im Bundeskanzleramt zu einem ausführlichen und freimütigen Gedankenaustausch über aktuelle Fragen der Sportentwicklung, der Steuer-, Umwelt- und Gesundheitspolitik sowie der Förderung des Spitzensports im Zusammenhang mit Olympiastützpunkten und des Sportverkehrs mit den osteuropäischen Ländern und der Volksrepublik China empfangen.

Die sozialpolitische Aufgabe in den fast 62 000 Turn- und Sportvereinen und der freiwillige Dienst von über 2 Millionen ehrenamtlichen Mitarbeitern wird von der CDU sehr hoch eingeschätzt; sie will Hilfe zur Selbsthilfe geben, wo immer dies in Bund, Ländern und Gemeinden möglich ist. Der Bundeskanzler stellte dazu fest: „Für mich ist der Sport die größte Bürgerinitiative unseres Landes. Er verdient volle Unterstützung von Bund, Ländern und Gemeinden.“

Die CDU hat dem DSB zugesagt, daß sie sich der Forderungen des Sports annehmen wird, Gewinne aus traditionellen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben (Sportveranstaltungen) steuerunschädlich den gemeinnützigen Zwecken der Vereine und Verbände zufließen zu lassen, um auf diese Weise die Eigeninitiative der Turn- und Sportbewegung zu fördern und auch staatliche Förderungen zu entlasten. Für die Lösung der wachsenden Probleme zwischen Sport und Umwelt hält die CDU eine Änderung der bauge-

setzlichen Grundlagen für dringend erforderlich; sie will sich dafür nachdrücklich einsetzen.

Die CDU sieht im verstärkten Sportverkehr mit den osteuropäischen Ländern einen wichtigen Anknüpfungspunkt für menschliche Begegnungen und will erweiterte Programme nachdrücklich fördern. In diesem Sinne unterstützt sie auch alle Schritte des DSB zur Ausweitung des deutsch-deutschen Sportverkehrs.

## Seniorenkongreß am 19. März 1986 in Bonn

Der erste Seniorenkongreß der CDU findet am 19. März 1986 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus statt. Er steht unter dem Motto „Für ein glückliches Leben im Alter“.

Eröffnet wird der um 10.30 Uhr beginnende Kongreß mit einem Referat von Generalsekretär Heiner Geißler. Anschließend spricht Frau Prof. Rita Süßmuth, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Unter dem Motto „Neuer Start mit sechzig“ findet am Nachmittag unter Leitung von MdB Gerhard Braun, dem Seniorenbeauftragten der CDU, eine Plenumsdiskussion mit namhaften Sachverständigen aus Wissenschaft und Politik statt. Ein Referat von Aenne Brauksiepe, Bundesministerin a.D., beendet den Kongreß.

Ein Tagungsbeitrag wird zu diesem Kongreß nicht erhoben.



# Politik für junge Frauen – Neuer Arbeitskreis gegründet

Die Bundesgeschäftsführerin der Frauenvereinigung der CDU, Helga Wanke, gibt die Gründung des Arbeitskreises „Politik für junge Frauen“ der CDU-Frauenvereinigung bekannt. Mit der Gründung des Arbeitskreises vollzieht die Frauenvereinigung einen Auftrag des 14. Bundesdelegiertentages. Dem Beschluß entsprechend soll sich der Arbeitskreis insbesondere mit der Situation junger Frauen in unserer Gesellschaft auseinandersetzen, ihre Lebenspläne im Verhältnis zur Alterswirklichkeit untersuchen und aus den Ergebnissen Vorschläge für eine zukunftsweisende Frauenpolitik erarbeiten.

Auf der konstituierenden Sitzung am 28. Februar 1986 formulierten die jungen Frauen, die aus allen CDU-Landesverbänden in den Arbeitskreis entsandt wurden, ihre politischen Ziele selbst. Sie werden die Politik der CDU, insbesondere die Politik der Frauenvereinigung, den jungen Frauen verständlicher machen, der Frauenpolitik neue Impulse vermitteln und den politischen Willen der jungen Frauen in der CDU deutlich zum Ausdruck bringen. Sie wollen die jungen Frauen motivieren, in der CDU mitzuarbeiten und sich für die Ziele der Partei verstärkt einzusetzen. Außerdem wollen sie junge Frauen innerhalb der CDU auf politische Mandate vorbereiten und die politische Bildung fördern.

Die Sprecherin des Arbeitskreises, Rita Pawelski, Mitglied des Landesvorstandes der CDU Niedersachsen, will auch sogenannte heiße Eisen anpacken, wie die Themen „Frauen und Bundeswehr“ oder „Pille auf Krankenschein“. Außerdem

geht es ihr vorrangig darum, die bewußte Diffamierung der CDU-Frauenpolitik durch SPD und Grüne als ideologische Polemik zu entlarven, z. B. die Angriffe gegen das Bundeserziehungsgeldgesetz und die Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“.

Der Arbeitskreis will in der Sprache der jüngeren Frauen argumentieren, um die Politik der CDU, insbesondere die Essener Leitsätze, „an die Frau“ zu bringen.

## Jeder siebte hat schon „Bleifreies“ getankt

Jeder siebte bundesdeutsche Autofahrer hat mindestens einmal bleifreien Kraftstoff getankt. Das geht aus einer Repräsentativumfrage des Mineralölkonzerns Aral hervor. Im Sommer 1985 hatte nach Angaben von Aral erst jeder 38., im Frühjahr 1985 sogar nur jeder 90. Erfahrungen mit dem abgasarmen Kraftstoff. Nur ein Viertel der 1300 befragten Autofahrer war darüber informiert, daß ihr Wagen bleifrei betankt werden kann.

## Mehr Stellenanzeigen

Der Brancheninformationsdienst „text intern“ hat in einer Blitzumfrage ermittelt, daß die Wochenendausgaben der Tageszeitungen zur Zeit die vielen Stellenanzeigen zum Teil gar nicht aufnehmen können. Einige Blätter müßten Anzeigen auf den nächsten Erscheinungstermin verschieben, weil sonst die Ausgaben zu dick werden und nicht ausgeliefert werden können. Im letzten Jahr ist die Zahl der Seiten für Stellenanzeigen bei fast allen großen Zeitungen zweistellig gewachsen.



# Zur Sache:

## Nur noch 0,7 Prozent Preissteigerung

# Preisknüller

Das hat es seit 18 Jahren nicht mehr gegeben: Nur noch 0,7 Prozent Preissteigerung. Ein absoluter Weltrekord bei der Preisstabilität.

Die erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik von 4 Jahren Regierung Helmut Kohl zahlt sich für alle Bürger aus. Für die Arbeitnehmer: Von der Lohn-erhöhung bleibt ordentlich was übrig.

Für die Rentner: Ihre Renten-erhöhung ist noch mehr wert. Damit ist klar: Die Wirtschafts-politik der Regierung Helmut Kohl ist auf Erfolgskurs. Der Aufschwung geht weiter.

● Nach 250.000 neuen Arbeitsplätzen 1985, werden für 1986 350.000 neue Arbeitsplätze erwartet.

● Die Wirtschaft wächst nach den neuesten Prognosen 1986 um rund 3,0 – 3,5 Prozent.

● Die seit Jahren niedrigsten Zinsen sorgen für weitere Investitionen.

● Stabile D-Mark, das bedeutet auch: der Urlaub wird billiger!

Da wird die SPD grün vor Neid. Noch 1982 gab es 5,3 Prozent SPD-Inflation. Und jetzt wird bewußt mies gemacht: Mit dem Scheinargument, die Preisstabilität sei alleine Ergebnis der niedrigen Ölpreise, streut die SPD gezielte Fehlinformationen. Erinnern Sie sich an 1972? Vor dem Erdölschock waren die Ölpreise niedrig, aber die Preissteigerung betrug 5,5 Prozent. Damals regierte die SPD.

Übrigens: Die Ölpreise sinken weltweit, jedoch nirgends sind die Preise stabiler als bei uns.

**Stabile Preise, das ist die beste Einkommens- und Sozialpolitik für Arbeitnehmer, Familien und Rentner!**

# CDU

**sicher  
sozial  
und frei**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

*Wir setzen  
die Offensive '87  
fort mit neuen  
Werbemitteln  
zur Familien-  
politik  
der CDU*



**Wir lieben  
Kinder! CDU**

## Aufkleber

Fordern Sie bei der  
Bundesgeschäftsstelle,  
Konrad-Adenauer-Haus,  
5300 Bonn,  
Telefon (02 28) 544-477,  
Einzelexemplare an.

# UID

8/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:  
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,  
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # Verlag:  
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,  
5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon  
(02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.  
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.  
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis  
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: WA-  
Druck, Düsseldorf.